



Forderungen des Fairen Handels an die Welthandelspolitik



**FORUM
FAIRER
HANDEL**

Liebe Leserin, lieber Leser ...

in Ihren Händen halten Sie den Beitrag des Fairen Handels zur Welthandelsdebatte. Das Forum Fairer Handel hat sich als Netzwerk der deutschen Organisationen und Akteure des Fairen Handels zum Ziel gesetzt, gemeinsame Forderungen gegenüber Politik und Handel durchzusetzen. Grundsätzlich engagiert sich der Faire Handel für mehr Gerechtigkeit im Welthandel, wobei er insbesondere politischen Einfluss zu Gunsten seiner Handelspartner im Süden ausüben möchte.

Um als Fairer Handel verstärkt eine politische Stimme zu entwickeln, haben sich die 18 Mitgliedsorganisationen des Forums Fairer Handel - darunter Fair-Handelsimporteure, die Siegelorganisation TransFair, der Weltladen-Dachverband, kirchliche Hilfswerke und andere im Fairen Handel aktive Organisationen - auf eine gemeinsame inhaltliche Basis für die zukünftige politische Arbeit geeinigt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Reaktion!



Antje Edler
Kordinatorin (Forum Fairer Handel)



Fairer Handel und Welthandel.

Fairer Handel ist ökonomisch tragfähig, er verbessert die Lebensumstände der ProduzentInnen und fördert das Bewusstsein der KonsumentInnen für die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Süden. Der Kauf fair gehandelter Produkte ist Konsum mit sozialem und ökologischem Mehrwert. Die Erfahrungen des Fairen Handels können wichtige Impulse für eine gerechte Welthandelspolitik geben, auch wenn Fairer Handel und Welthandelspolitik auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Im Fairen Handel steht das Verhältnis zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen im Vordergrund, während die Welthandelspolitik die Beziehungen zwischen Staaten und Volkswirtschaften regelt.

Fair Handels-Organisationen aus den Industrieländern betreiben seit mehr als 30 Jahren Handel mit Produzenten- und Handelsorganisationen aus dem Süden. Ein Beispiel: Sie kaufen Kaffee von kleinbäuerlichen Betrieben und Genossenschaften zu Preisen, die über dem Weltmarktpreis liegen, um ihnen Perspektiven für bessere Lebensbedingungen zu eröffnen. Verkauft wird der Kaffee an KonsumentInnen im Norden, die ein Bewusstsein dafür entwickelt haben, dass hervorragende Qualität bei gleichzeitiger Sozial- und Umweltverträglichkeit nicht zu Niedrigst-Preisen zu haben ist. Und was bei Kaffee geht, ist auch bei anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und bei handwerklichen Produkten möglich.

Neben der Zahlung eines fairen Preises bietet der Faire Handel den ProduzentInnen im Süden insbesondere langfristige Handelsbeziehungen, Möglichkeiten der Vorfinanzierung und Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer Produkte.

Die Erfahrungen zeigen, dass Fairer Handel nicht nur die Lebensumstände der ProduzentInnen verbessert, sondern auch ökonomisch tragfähig ist. Der Absatz fair gehandelter Produkte durch „Fair Handels-Organisationen“, aber auch durch konventionelle Handelsunternehmen wächst stetig.

Eine wichtige Säule des Fairen Handels ist die Bildungsarbeit. Informationen über Produktionsbedingungen, Märkte sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im Süden fördern das Bewusstsein dafür, dass der Kauf von fair gehandelten Produkten mit einem sozialen Mehrwert für globale Gerechtigkeit verbunden ist und motivieren zu entwicklungspolitischem Engagement. Entwicklungspolitische Kampagnen sind ein wichtiges Element, um - oftmals am Beispiel von spezifischen Produkten - gerechte Handelsbedingungen für die Menschen im Süden einzufordern.

Zu den politischen Anliegen des Fairen Handels gehört auch, den globalen Handel insgesamt und die internationale Handelspolitik gerechter zu gestalten.

Die 1995 geschaffene Welthandelsorganisation (WTO) spielt bei der Entwicklung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen eine zentrale Rolle. Sie regelt die Beziehungen zwischen einzelnen Ländern. Bei der WTO geht es um die Verbesserung von Marktzugang durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen wie z. B. Einfuhrquoten und nationale Vorschriften in der Umwelt- und Gesundheitspolitik, die Auswirkungen auf den Handel haben können.

Im Fairen Handel gibt es Grundsätze und Erfahrungen, die dazu beitragen können, den Welthandel gerechter zu gestalten. Hierzu gehören etwa die Menschenrechte als normativer Bezugspunkt, Umwelt- und Sozialstandards in der Warenproduktion, die Chancengerechtigkeit für schwächere Partner und eine demokratische Entscheidungsfindung bei den ProduzentInnen.

Die Forderungen des Fairen Handels an die Welthandelspolitik

- 1 Handel soll den Menschen dienen und muss daran gemessen werden, was er zur Verwirklichung der Menschenrechte beiträgt.
- 2 Gleiche Regeln für ungleiche Partner sind ungerecht.
- 3 Welthandelspreise müssen fairer werden.
- 4 Schwächere Handelspartner brauchen Unterstützung beim Absatz ihrer Waren.
- 5 Entwicklungsländer brauchen besondere Schutzmöglichkeiten für ihre ProduzentInnen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen können.
- 6 Handelsregeln sollen soziale und ökologische Mindeststandards beachten.
- 7 Unternehmen müssen in Produktion und Handel ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrnehmen.
- 8 Die ökonomische Globalisierung muss politische Gestaltungsfreiheit zulassen.
- 9 Die WTO muss demokratischer werden.



► Handel soll den Menschen dienen und muss daran gemessen werden, was er zur Verwirklichung der Menschenrechte beiträgt. ►

1

► *Deshalb muss der Welthandel übergeordnete Ziele wie die Überwindung von Armut, ein menschenwürdiges Leben für alle, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Nutzung der natürlichen Ressourcen im Einklang mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen. Der Faire Handel stellt diese Orientierung an den Menschen und ihren Rechten in das Zentrum seiner Vision eines gerechteren Welthandels und seiner Kritik an den vorherrschenden Handelsstrukturen.*

Der Faire Handel stellt unter Beweis, dass der Welthandel unter bestimmten Rahmenbedingungen einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere ärmerer Bevölkerungsgruppen leisten kann. Dazu gehört, dass in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen die besondere Situation und die vielfältigen Schwierigkeiten und Herausforderungen der wirtschaftlich schwächeren Ländern berücksichtigt werden. Zugleich müssen in den Ländern des Südens die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass auch ärmere und kleinere ProduzentInnen Zugangsmöglichkeiten zu den internationalen Märkten erhalten und in angemessener Weise an den Einkünften aus dem Export ihrer Waren beteiligt werden.

Die Liberalisierung des Welthandels als Kern der ökonomischen Globalisierung ist zu Recht in die Kritik geraten. Ein „freier“ Handel, der möglichst wenig staatlichen Regulierungen unterliegt, begünstigt die stärkeren Handelspartner und benachteiligt die schwächeren. Das Gleiche gilt für einen ungezügelt globalen Wettbewerb, der sich vielfach an den niedrigsten Verkaufspreisen ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Kosten der Produktion orientiert. Zudem ist die rasante Zunahme der globalen Warenströme und der damit verbundene Energieeinsatz auch ökologisch bedenklich.

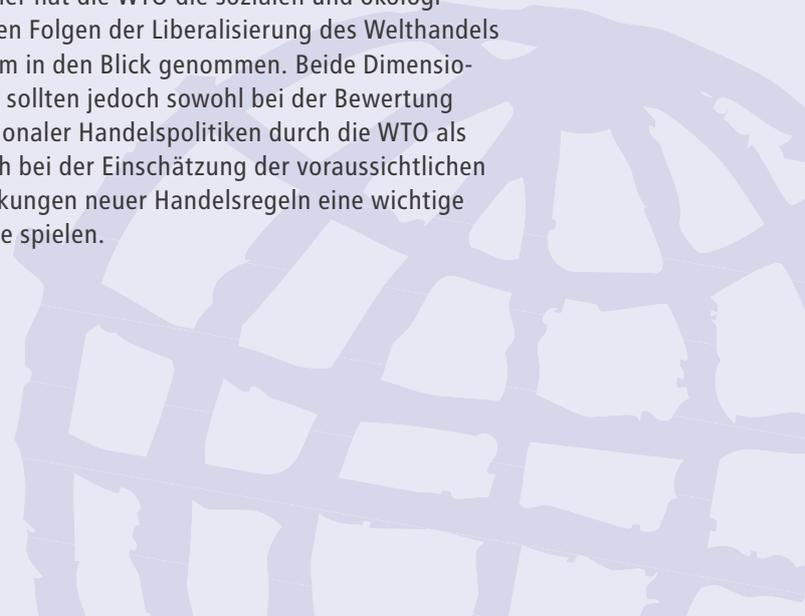
Deshalb setzt der Faire Handel die Leitbilder der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit gegen das dominante Leitbild der ökonomischen Liberalisierung, d. h. die möglichst weitgehende Abschaffung aller Handelschranken.

Soziale Gerechtigkeit im internationalen Maßstab muss sich heute an den Menschenrechten orientieren. Der Welthandel muss deshalb die Menschenrechte auf Nahrung und Wasser, Gesundheit, Bildung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Organisations- und Verhandlungsfreiheit respektieren.

„... übergeordnete Ziele wie die Überwindung von Armut, ein menschenwürdiges Leben für alle ...“

Im Konfliktfall muss der Durchsetzung dieser und anderer Menschenrechte Vorrang vor Regelungen durch die WTO eingeräumt werden. Im Interesse der Lebensmöglichkeiten aller Menschen auf unserer Erde und der kommenden Generationen müssen die Welthandelsregeln an dem Grundkonzept der „nachhaltigen Entwicklung“ orientiert sein.

Bisher hat die WTO die sozialen und ökologischen Folgen der Liberalisierung des Welthandels kaum in den Blick genommen. Beide Dimensionen sollten jedoch sowohl bei der Bewertung nationaler Handelspolitiken durch die WTO als auch bei der Einschätzung der voraussichtlichen Wirkungen neuer Handelsregeln eine wichtige Rolle spielen.



► Gleiche Regeln für ungleiche Partner sind ungerecht. ►

► *Deshalb ist der Faire Handel kritisch gegenüber vielen Welthandelsregeln der WTO, die im Prinzip für alle Mitglieder in gleicher Weise gelten sollen. Der Faire Handel tritt stattdessen ein für eine Stärkung des Prinzips der differenzierten und bevorzugten Behandlung („Special and Differential Treatment“) von Entwicklungsländern in Bezug auf alle in der WTO verankerten Welthandelsregeln.*

Der Faire Handel versteht sich selbst als „eine Handelspartnerschaft, die eine nachhaltige Entwicklung für ausgeschlossene und benachteiligte ProduzentInnen anstrebt“ (Definition der internationalen Dachorganisationen des Fairen Handels). Allerdings wird es ihm in absehbarer Zeit wohl kaum gelingen, alle benachteiligten und grundsätzlich förderungswürdigen Handelspartner in den Entwicklungsländern einzubeziehen. Deshalb tritt der Faire Handel dafür ein, dass die Interessen insbesondere der ärmeren und schwächeren Entwicklungsländer im Regelwerk der WTO durchgängig besonders berücksichtigt werden.

Die grundlegenden Prinzipien des Freihandels, wie er von der WTO gefördert wird, sehen unter anderem vor, dass alle Mitgliedsstaaten, egal ob reich oder arm, sowie aus- und inländische Un-

ternehmen gleich behandelt werden müssen. Doch die Möglichkeiten der verschiedenen Länder und Unternehmen, die Chancen des Freihandels wahrzunehmen, sind extrem unterschiedlich.

Deshalb muss die differenzierte Berücksichtigung von individuellen nationalen Entwicklungsanliegen und -interessen („Special and Differential Treatment“) ein Leitprinzip der Welthandelsregeln werden, wenn der Welthandel tatsächlich zur Reduzierung globaler Armut beitragen und nicht einseitig den Interessen der wirtschaftlich Starken dienen soll.

**„... für eine Stärkung des Prinzips
der differenzierten und
bevorzugten Behandlung ...“**



► Welthandelspreise müssen fairer werden. ►

► Deshalb setzt sich der Faire Handel für Preise und Löhne in Entwicklungsländern ein, die benachteiligten KleinproduzentInnen und ArbeitnehmerInnen ein ausreichendes Einkommen sichern. Ein Element der Strategie besteht darin, „faire Preise“ zu zahlen. Er weist mit diesen Preisen darauf hin, dass die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in der Warenproduktion vom Norden „bezahlt“ werden muss.

Der freie, d.h. ungezügelter globale Wettbewerb führt dazu, dass ProduzentInnen und ArbeitnehmerInnen weltweit einem harten Konkurrenzkampf ausgesetzt sind. Nur die billigsten Anbieter können auf dem Markt bestehen. Die daraus resultierenden Weltmarktpreise für wichtige Exportgüter und Dienstleistungen von Entwicklungsländern liegen häufig so niedrig, dass sie ihren ProduzentInnen kein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Sie berücksichtigen weder die realen Produktionskosten noch die Lebenssituation breiter Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Südens. Im nachfrageorientierten weltweiten Kampf um Niedrigstpreise erhalten jene Anbieter den Zuschlag, deren Produktionskosten am niedrigsten sind. Das begünstigt die Entstehung von Löhnen unter dem Existenzminimum, gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen und umweltschädlichen Produktionsmethoden. Dieser ruinöse Wettbewerb führt zu sozialen und ökologischen Folgekosten, die die Allgemeinheit und zukünftige Generationen zu tragen haben.

Faire Rahmenbedingungen für den Welthandel müssten umfassen:

- Welthandelsregeln, die Entwicklungsländer nicht länger benachteiligen,
- eine weltweite effektive Durchsetzung von international vereinbarten Umweltnormen,
- gleicher Zugang aller Bevölkerungsgruppen zu Bildungseinrichtungen,
- eine weltweite effektive Durchsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO), die zu den international anerkannten Menschenrechten zählen,
- gleicher Zugang aller Bevölkerungsgruppen zu staatlichen Dienstleistungen,
- der Schutz marginalisierter Gruppen vor der Willkür des Staates oder mächtiger Akteure im Inland wie zum Beispiel Großgrundbesitzer,
- ein Schutz vor stark schwankenden Rohstoffpreisen.

Da es diese „fairen Rahmenbedingungen“ nicht gibt, zahlt der Faire Handel „faire“ Preise an einzelne ProduzentInnen, die sich in ihrer Produktionsweise am Respekt der Menschenrechte und bestimmten sozialen und ökologischen Anforderungen orientieren. Der Faire Handel legt mit den „fairen“ Preisen ein besonderes Gewicht auf ein „empowerment“ der ProduzentInnen: Aufgrund der höheren Preise können sie Investitionen in Weiterbildungsmaßnahmen, Infrastrukturinvestitionen, Qualitätsverbesserungen u.a. tätigen.

„... Preise sollen die realen Kosten der Produktion widerspiegeln ...“

Dadurch werden sie „gestärkt“, ihre Abhängigkeit von der bisherigen Produktionsweise wird verringert und ihre Möglichkeiten werden verbessert, aus eigener Kraft am Weltmarkt teilzuhaben.

Der Faire Handel setzt sich neben der Zahlung „fairer“ Preise aber auch für die Verwirklichung fairer Rahmenbedingungen für den Welthandel ein, damit die Herstellung und der Verkauf von Waren den ProduzentInnen und ihren Familien ein menschenwürdiges Leben und die Erhaltung der Umwelt für die nachfolgenden Generationen ermöglichen. Preise sollen die realen Kosten der Produktion widerspiegeln, soziale und ökologische Folgekosten sollen nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

► Schwächere Handelspartner brauchen Unterstützung beim Absatz ihrer Waren. ▸

► Deshalb tritt der Faire Handel dafür ein, den schwächeren Handelspartnern, wie etwa den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries), einen bevorzugten Zugang zu den Märkten der Industrieländer zu ermöglichen. Zugleich fordert der Faire Handel eine Unterstützung und Qualifikation von Kleinproduzenten, damit diese die Chancen einer Beteiligung am Welthandel nutzen können. Der Faire Handel unterstützt seine Handelspartner im Süden dabei, sich Absatzmärkte für ihre Waren in den Industrieländern, aber auch in ihren eigenen Ländern und Regionen zu erschließen.

Internationaler Handel kann - so die Erfahrung des Fairen Handels - unter geeigneten Bedingungen einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung „aus eigener Kraft“ leisten. Doch im Gegensatz zu ihrer Freihandels-Rhetorik schotten die meisten Industriestaaten ihre Märkte durch hohe Zollmauern gerade gegen solche Produkte ab, bei denen die Entwicklungsländer einen Wettbewerbsvorteil haben, weil sie diese besonders preisgünstig herstellen können. Die Weiterverarbeitung von Rohstoffen in den Herkunftsländern selbst wird nach wie vor durch hohe Zölle für verarbeitete Waren behindert und entmutigt. Diese Politik steht in krassem Widerspruch zu den entwicklungspolitischen Zielen, in den Ländern des Südens stabile Volkswirtschaften aufzubauen und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

„... eine Unterstützung von KleinproduzentInnen, damit diese die Chancen einer Beteiligung am Welthandel nutzen können ...“

Neben den Zöllen spielen zunehmend auch andere Handelshemmnisse wie etwa hygienische oder sicherheitstechnische Produktstandards sowie Industrienormen eine wachsende Rolle. Viele und vor allem ärmere Entwicklungsländer sind kaum in der Lage, diesen hohen Ansprüchen der Importmärkte der Industrieländer zu genügen.

Auch der Faire Handel verlangt von seinen Partnern die Einhaltung hoher Produktions- und Qualitätsstandards, unterstützt seine Handelspartner aber zugleich bei der Einhaltung dieser Anforderungen.

Bevorzugte Handelsbedingungen für ärmere Entwicklungsländer (sog. Handelspräferenzen) können dazu beitragen, die Wettbewerbsposition von schwächeren Entwicklungsländern fairer zu gestalten. Dies belegen verschiedene Entwicklungsländer, die mit der Europäischen Union durch besondere Handelsverträge verbunden sind. Angesichts der weiteren Senkung der Zölle für viele Produkte könnten diese bevorzugten Handelsbedingungen für ärmere Entwicklungsländer an Bedeutung zu verlieren.

Deshalb kommt es entscheidend darauf an, den besonderen Förder- bzw. Unterstützungsbedarf dieser Länder in der Weltwirtschaft durch andere Maßnahmen sicher zu stellen.



► Entwicklungsländer brauchen besonderen Schutz für ihre ProduzentInnen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen können. ►

► *Deshalb fordert der Faire Handel wirksame Möglichkeiten für Entwicklungsländer, ihre Landwirtschaft und Industrie durch Zölle und andere Marktzugangsregeln gegen die vielfach übermächtige Konkurrenz aus den Industrieländern zu schützen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist der Schutz der Rechte der Bauern auf Austausch von Saatgut und dessen Wiederaussaat, die nicht durch die Ausweitung des internationalen Patentrechts beeinträchtigt werden dürfen.*

Eine weitergehende Liberalisierung des Weltmarktes, wie sie von vielen Regierungen insbesondere der Industrieländer in der WTO angestrebt wird, gefährdet oftmals die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung in ärmeren Ländern. Importliberalisierungen für landwirtschaftliche Produkte aus dem Norden haben vielerorts bereits die lokale Landwirtschaft in Bedrängnis gebracht und damit die Ernährungssicherheit untergraben.

Gefahren für die zumeist kleinbäuerliche Landwirtschaft drohen auch durch die zunehmende Kommerzialisierung und Patentierung von Saatgut. Durch WTO-Recht wie das Abkommen über geistige Eigentumsrechte (Trade Related Intellectual Property Rights) werden die kommerziellen Interessen internationaler Saatgut- und Gentechnologie-Konzerne gefördert. Das führt zum Beispiel dazu, dass Bauern für die Nutzung von vielfach nur geringfügig verändertem Saatgut bezahlen müssen. Das überfordert die finanziellen Möglichkeiten vieler kleinbäuerlicher Betriebe und widerspricht der Jahrtausende alten Praxis, Saatgut kostenlos zu nutzen, es uneingeschränkt wieder auszusäen und an andere weiter zu geben.

Die laufenden WTO-Verhandlungen über die Senkung der Importzölle für Industrieprodukte werden von vielen Entwicklungsländern mit großer Sorge betrachtet. Die Folgen einer solchen Liberalisierungspolitik im Interesse der wettbewerbsstarken Unternehmen des Nordens wären eine Verdrängung lokaler Unternehmen aus dem heimischen Markt durch leistungsstärkere ausländische Unternehmen und eine Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut.

„... gegen die vielfach übermächtige Konkurrenz aus den Industrieländern ...“

Außerdem würden viele Entwicklungsländer durch eine substanzielle Senkung der Importzölle eine bedeutsame Einnahmequelle des Staates verlieren und dadurch die Möglichkeiten eingeschränkt, öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheits- und Bildungssysteme zu finanzieren.



► Handelsregeln sollen soziale und ökologische Mindeststandards beachten. ►

► Deshalb haben Produkte, die unter ausbeuterischen oder umweltschädlichen Bedingungen hergestellt werden, im Fairen Handel keinen Platz. Bei den WTO-Verhandlungen spielen soziale Aspekte der Produktion allerdings keine, ökologische Aspekte bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Der Faire Handel fordert, Handelsabkommen internationalen Umwelt- und Menschenrechtsabkommen unterzuordnen.

Umwelt- und Sozialstandards sind grundlegende Kennzeichen des Fairen Handels. Schließlich ist das vorrangige Ziel des Fairen Handels nicht wirtschaftliches Gewinnstreben. Er will vielmehr dazu beitragen, im Süden menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen, die Einkommen von Kleinproduzenten zu verbessern und die Umwelt zu schützen.

„... fordert, Handelsabkommen internationalen Umwelt- und Menschenrechtsabkommen unterzuordnen ...“

Während daher für den Fairen Handel die Produktionsmethoden von grundsätzlicher Bedeutung sind, spielen sie für die WTO-Regeln faktisch keine Rolle. Das führt dazu, dass die WTO den Mitgliedsstaaten verbietet, Produkte unterschiedlich zu behandeln, weil sie in unterschiedlicher Weise produziert wurden. Vielmehr müssen - gemäß dem WTO-Recht - gleichartige Produkte gleich behandelt werden. Das bedeutet, dass ein nach fairen Bedingungen hergestelltes Produkt den gleichen Regeln unterliegt wie ein Produkt, das zum Beispiel durch die Ausbeutung von ArbeiterInnen hergestellt wurde.

Aus Sicht des Fairen Handels müssen die WTO-Regeln:

- die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigen, wonach zum Beispiel ausbeuterische Kinderarbeit nicht erlaubt ist und grundlegende Arbeiterrechte zu respektieren sind,
- Regierungen ermöglichen, den Handel mit Produkten, die die Ziele und Regeln internationaler Umweltabkommen verletzen bzw. auf der Basis von Biopiraterie, also der unerlaubten Nutzung genetischer Ressourcen, hergestellt werden, zu verhindern,
- erlauben, dass genetisch veränderte Lebensmittel (Genfood) nicht mit konventionellen oder gar biologisch hergestellten Lebensmitteln gleichgesetzt werden müssen.

Der Faire Handel fordert darüber hinaus, dass bei Handelsstreitigkeiten die Ziele und Regeln internationaler Menschenrechts- und Umweltabkommen nicht nur beachtet werden, sondern im Konfliktfall Vorrang vor den Handelsregeln erhalten. Wo Konflikte zwischen Umwelt- und Menschenrechtsabkommen auf der einen und Handelsregeln auf der anderen Seite sichtbar werden, müssen die Handelsregeln so angepasst werden, dass sie den Bestimmungen der Umwelt- und Menschenrechtsabkommen dienen.



► Unternehmen müssen in Produktion und Handel ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrnehmen. ►

► *Deshalb muss der Welthandel übergeordnete Ziele wie die Überwindung von Armut, ein menschenwürdiges Leben für alle, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Nutzung der natürlichen Ressourcen im Einklang mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen. Der Faire Handel stellt diese Orientierung an den Menschen und ihren Rechten in das Zentrum seiner Vision eines gerechteren Welthandels und seiner Kritik an den vorherrschenden Handelsstrukturen.*

Mit der Globalisierung wächst der internationale Wettbewerb zwischen Unternehmen. Damit einher geht nicht selten eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Der Faire Handel hat soziale und ökologische Standards entwickelt, die in der Produktion eingehalten werden. Über Jahrzehnte hat er damit bewiesen, dass es möglich ist, sozial- und umweltverträglich zu produzieren und Armut zu bekämpfen.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gewerkschaften und der Faire Handel haben in den vergangenen Jahren öffentlich auf soziale Missstände in der Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländern hingewiesen. Mit der Globalisierung wächst gleichzeitig in den Industrieländern und mittlerweile auch in Schwellenländern auf Seiten der KonsumentInnen das Interesse an den Produktionsbedingungen. Immer mehr VerbraucherInnen unterstützen mit einer bewussten Kaufentscheidung Firmen, die ökologische und soziale Standards in ihrer Produktion einhalten und sich am Fairen Handel beteiligen.

Daraufhin haben einige Unternehmen eigene Richtlinien für ihr Verhalten entwickelt. Mit der Einführung sogenannter Verhaltenskodizes ge-

ben sich Unternehmen selbst Regeln, zu deren Einhaltung sie sich verpflichten. Sie sind aber kein Ersatz für Tarifverhandlungen, gesetzliche Regelungen oder verbindliche internationale Normen.

„... Verhaltenskodizes sollten Mindestanforderungen erfüllen ...“

Verhaltenskodizes sollten Mindestanforderungen erfüllen. Dazu zählen die Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation, die auf den UN-Menschenrechtskonventionen basieren. Verhaltenskodizes sollten unter anderem durch externe akkreditierte Zertifizierer kontrolliert und in Kooperation mit Gewerkschaften und NGOs umgesetzt werden.



► Die ökonomische Globalisierung muss politische Gestaltungsfreiheit zulassen. ►

► *Deshalb setzt sich der Faire Handel für den Erhalt von politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf nationaler und regionaler Ebene ein. Armutsbekämpfung darf nicht durch die Politik internationaler Organisationen wie der WTO eingeschränkt oder sogar unmöglich gemacht werden. Die Menschen müssen an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden.*

Die Politik von Nationalstaaten ist nach wie vor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von großer Bedeutung. Die Länder, die Kredite beim Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aufnehmen, müssen jedoch eine Vielzahl von Forderungen und Bedingungen erfüllen, die immer komplexer werden. Die Anforderungen, die die WTO an ihre Mitglieder stellt, gehen in die gleiche Richtung: Liberalisierung des Außenhandels, Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen und Deregulierung der nationalen Wirtschaft. Diese Vorgaben und Regelungen engen die Möglichkeiten für nationale Entwicklungsstrategien ein. Der Versuch, alle Länder auf ein einheitliches Entwicklungskonzept festzulegen, blendet nationale Besonderheiten aus und beeinträchtigt die Eigenanstrengungen sowie die Kreativität nationaler Akteure.

Der Faire Handel versucht, seine Partner im Süden in ihrer Eigenverantwortlichkeit zu stärken und an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Daher setzt er sich dafür ein, dass die Länder des Südens in ihrer Verantwortung und in ihren Eigenanstrengungen zur Überwindung von Armut unterstützt werden. Die Länder benötigen hierfür eigenen politischen Gestaltungsspielraum.

Dazu gehört notwendigerweise auch die gesellschaftliche Teilhabe von benachteiligten Gruppen, für die sich der Faire Handel einsetzt. Diese Bevölkerungsgruppen haben es oft schwer, ihre Interessen angemessen in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Generell sollten politische Entscheidungen möglichst dezentral und basisnah getroffen werden. Denn nur so besteht die Möglichkeit, dass jene, die davon am stärksten betroffen sind, sich daran beteiligen können.

„ ... die Menschen müssen an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden ...“



► Die WTO muss demokratischer werden. ►

► *Deshalb fordert der Faire Handel eine angemessene, gleichberechtigte Beteiligung der Entwicklungsländer an den WTO-Verhandlungen, eine adäquate Kontrolle durch die Parlamente und eine Politik der Regierungen, die eine breite gesellschaftliche Diskussion und Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung ermöglicht.*

Die Beteiligung der ProduzentInnen an der Diskussion um Handelsbedingungen ist ein konstitutives Merkmal des Fairen Handels. Die Welthandelsorganisation behauptet von sich, eine demokratische Institution zu sein. Formal trifft dies durchaus zu. In der WTO hat jedes Land eine Stimme, Entscheidungen werden in der Regel nach dem Konsensprinzip gefällt.

Die Praxis sieht jedoch anders aus. Viele Mitgliedsländer, insbesondere kleinere und ärmere Entwicklungsländer, können nicht gleichberechtigt an den Verhandlungen teilnehmen. Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Verhandlungsthemen (Landwirtschaft, Industriezölle, Rechte an geistigem Eigentum, Dienstleistungen u.v.a.m.), der hohen Komplexität der Themen und Regelungen und der schwierigen Beurteilung möglicher Auswirkungen sind viele Länder überfordert.

Dagegen können reiche Staaten oder Zusammenschlüsse von Staaten wie die Europäische Union nicht nur auf hochkarätige ExpertInnen zurückgreifen. Sie können auch für jedes Thema mehrere VertreterInnen gleichzeitig in die Verhandlungsforen entsenden, wohingegen die personellen Kapazitäten der meisten Entwicklungsländer sehr begrenzt sind.

Und oft stellen einige wenige Länder hinter den Kulissen die Weichen für die Verhandlungen und ihre Ergebnisse.

Damit die Entwicklungsländer besser als bislang ihre Interessen bei den Verhandlungen vertreten und durchsetzen können, ist eine Stärkung ihrer personellen und fachlichen Kapazitäten notwendig (Capacity Building). Notwendig sind aber auch Reformen der WTO, um mehr Transparenz und gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen. Außerdem können die Entwicklungs-

länder ihr zahlenmäßiges Gewicht besser in die Waagschale werfen, wenn sie enger zusammenarbeiten und sich untereinander abstimmen.

Darüber hinaus müssen die nationalen Parlamente besser und wirksamer beteiligt werden. Vielfach werden die Verhandlungen von der Ministerialbürokratie geführt, ohne dass die Volksvertretungen Einfluss auf die Ziele oder Kontrolle über die Verhandlungen haben.

„... fordert eine angemessene, gleichberechtigte Beteiligung der Entwicklungsländer ...“

Der Deutsche Bundestag hat dieses Problem im Jahr 2003 mehrfach unterstrichen und von der Bundesregierung eine frühzeitige und umfassende Unterrichtung angemahnt. Denn wenn auf internationaler Ebene bereits alle Vereinbarungen getroffen und die Verhandlungspakete geschnürt sind, ist es für eine wirkliche demokratische Kontrolle der Regierung durch das Parlament de facto bereits zu spät. Daher fordert der Faire Handel den Deutschen Bundestag auf, die deutsche Position in der EU und damit das EU-Mandat für die internationalen Verhandlungen regelmäßig zu überprüfen. Dies muss so frühzeitig geschehen, dass die Forderungen und Vorstellungen des Parlaments die Regierungspositionen noch beeinflussen und bestimmen können. Verhandlungen von Welthandelsregeln sollten durch eine breite gesellschaftliche Diskussion begleitet werden. Die Stimme der Betroffenen darf nicht wie bislang übergangen werden.

Der Inhalt dieser Broschüre ...

... wurde im Arbeitskreis Advocacy des Forums Fairer Handel erarbeitet. Hierzu haben insbesondere beigetragen:

Antje Edler

(Forum Fairer Handel)

Ruben Enxing

(Weltladen-Dachverband)

Michael Frein

(Evangelischer Entwicklungsdienst)

Tina Gordon

(Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst)

Gerd Nickoleit

(gepa Fair Handelshaus)

Dr. Klaus Piepel

(Misereor)

... wurde mit den Mitgliedsorganisationen des Forums Fairer Handel abgestimmt. Die Mitglieder des Netzwerkes sind Organisationen, die ausschließlich im Fairen Handel arbeiten, und Akteure, die die Förderung des Fairen Handels als einen der Schwerpunkte ihrer Arbeit ansehen:

- ▶ Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ)
- ▶ Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke (AGL)
- ▶ BanaFair
- ▶ Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- ▶ Brot für die Welt
- ▶ dwp
- ▶ El Puente
- ▶ Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
- ▶ Fair Trade e.V.
- ▶ gepa Fair Handelshaus
- ▶ INKOTA-netzwerk
- ▶ Konferenz der Gruppenberatung
- ▶ Bischöfliches Hilfswerk Misereor
- ▶ Podi-Mohair
- ▶ Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
- ▶ TransFair
- ▶ Verbraucher Initiative
- ▶ Weltladen-Dachverband

Forum Fairer Handel: Was wir tun ...

Das Forum Fairer Handel ist das Netzwerk der Organisationen und Akteure des Fairen Handels in Deutschland. Ziel ist es, gemeinsame Forderungen gegenüber Politik und Handel durchzusetzen und eine stärkere Ausweitung des Fairen Handels zu erreichen. Die Zusammenarbeit im Forum Fairer Handel konzentriert sich insbesondere auf die Bereiche: Bildungsarbeit, Monitoring, Advocacy und Kampagnen / Öffentlichkeitsarbeit.

Bildung

Der Faire Handel macht anhand von Waren aus den Ländern des Südens globale Zusammenhänge anschaulich und verständlich. Menschen sollen dazu ermutigt und befähigt werden, sich für verantwortungsbewussten Konsum und für eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzusetzen. Die Bildungsarbeit des Fairen Handels wird von vielen Akteuren getragen. Im Arbeitskreis Bildung des Forums Fairer Handel werden die einzelnen Aktivitäten abgestimmt.

Monitoring

Die Frage, welche Standards dem Fairen Handel zugrunde liegen und wie deren Einhaltung überprüft wird, ist für die Glaubwürdigkeit und damit für die Zukunft des Fairen Handels von essentieller Bedeutung. Der Arbeitskreis Monitoring tauscht sich über neuere internationale Entwicklungen bei Monitoring und Zertifizierung aus. Er informiert über die Grundlagen des Fairen Handels und organisiert im Forum Fairer Handel Diskussionen über die Standards des Fairen Handels.

Advocacy

Ziel des Fairen Handels ist, sich aktiv für mehr Gerechtigkeit im Welthandel einzusetzen. Das Forum Fairer Handel möchte politischen Einfluss zu Gunsten seiner Handelspartner im Süden ausüben. Der Arbeitskreis Advocacy erarbeitet politische Positionen in Abstimmung mit Akteuren der internationalen Fair Trade Advocacy Arbeit. Die Forderungen richten sich an die Politik und den konventionellen Handel. Ziel ist, den Fairen Handel in der Öffentlichkeit zu einem wahrnehmbaren politischen Instrument zu entwickeln.

Kampagnen / Öffentlichkeitsarbeit

Das Forum Fairer Handel schärft durch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit das Profil des Fairen Handels. Die Mitglieder arbeiten insbesondere bei der Kampagnenarbeit zusammen. Die gemeinsame Durchführung der ersten Fairen Woche 2001 legte den Grundstein für die heutige Zusammenarbeit im Rahmen des Forums Fairer Handel. Die Organisation der Fairen Woche ist Kernaufgabe des Arbeitskreises Kampagnen / Öffentlichkeitsarbeit .



**FORUM
FAIRER
HANDEL**

www.forum-fairer-handel.de

Texte Antje Edler (Forum Fairer Handel), Ruben Enxing (Weltladen-Dachverband), Michael Frein (Evangelischer Entwicklungsdienst), Tina Gordon (Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst), Gerd Nickoleit (gepa Fair Handelshaus), Dr. Klaus Piepel (Misereor)
Bilder TransFair, gepa Fair Handelshaus, dwp, fairtrade media Grafik www.24zwoelf.de, Hannover Druck unidruck, Hannover

Realisiert mit freundlicher Unterstützung von:

